

# blickpunkt bundestag

Juni 2009 | ISSN 14359146 | G 10624

[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)



Bundesversammlung

## Eine Sache der Ehre

Nahaufnahme  
**Detlef Parr**

Streitpunkt  
**Volksentscheide auf Bundesebene**

## Inhalt

- 2 Begegnungen**  
im Parlamentsviertel
- 4 Titel**  
Bundesversammlung  
Eine Sache der Ehre
- 12 Nahaufnahme**  
Der Hürdenläufer  
Detlef Parr
- 17 Experten**  
Gibt es bald kein Robbenöl mehr, Frau Rawert?
- 18 Ansichtssachen**  
60 Jahre Grundgesetz
- 20 Streitpunkt**  
Volksentscheide auf Bundesebene  
Streitgespräch: Thomas Strobl und Gerald Häfner
- 28 Menschen**  
Zwei Amerikaner in Berlin  
Das Parlamentarische Patenschafts-Programm
- 31 Im Wortlaut**  
Wer hat's gesagt?
- 32 Parlamentsgeschichten**  
Tschechien  
Dem Burgherren Kontra geben

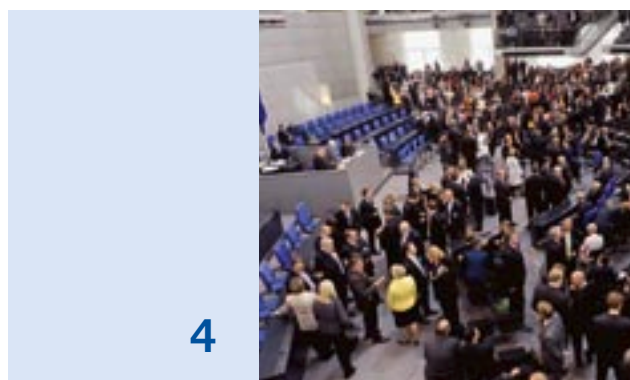


Foto: DBT/Marc Steffen Unger

### Bundesversammlung

Ob Abgeordnete, Wissenschaftler, Künstler oder Sportler: In der Bundesversammlung kommt es auf jede Stimme an. BLICKPUNKT BUNDESTAG hat fünf Wahlmänner und -frauen am entscheidenden Tag begleitet.

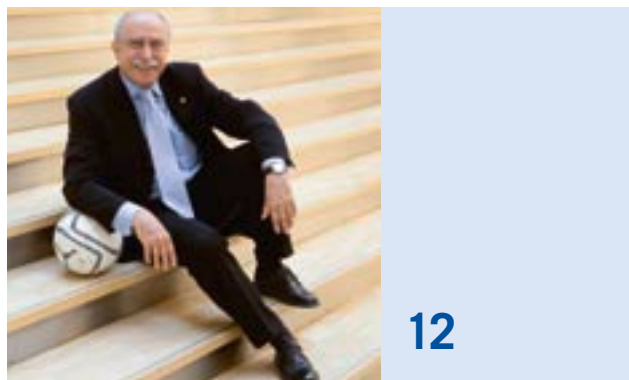


Foto: DBT/Edgar Zippel

### Der Hürdenläufer

Sich starkmachen für das Ehrenamt und den Zusammenhalt in der Gesellschaft, darin sieht Detlef Parr seine Aufgabe im Sportausschuss des Bundestages. „Sport ist mehr als Doping und Gewalt“, sagt der Liberale, der früher als begeisterter Leichtathlet bereits so manche Hürde nahm.



Foto: DBT/Thomas Köhler/photothek.net

### Demokratie direkt

Mehr Demokratie – durch Volksentscheide auch auf Bundesebene? Im BLICKPUNKT-Streitgespräch diskutieren darüber der Unionsabgeordnete Thomas Strobl, Vorsitzender des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, und Gerald Häfner vom Verein „Mehr Demokratie“.



Dieser Ausgabe von **BLICKPUNKT BUNDESTAG** liegt das **SPEZIAL** „60 Jahre Grundgesetz – 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ bei.



## IM RAMPENLICHT

steht der Bundestag häufig, doch selten ist sein Haus so festlich beleuchtet wie am Vorabend des 60. Geburtstages der Bundesrepublik. Seit dem 22. Mai erstrahlt das Reichstagsgebäude in einem neuen Licht. Begleitet von Feuerwerk und umrahmt von einem klassischen Konzert schalteten Bundestagspräsident Norbert Lammert und der Lichtkünstler Michael Batz die neue Beleuchtung ein. 400 Lampen setzen allabendlich für vier Stunden das Zentrum der Demokratie in ein helles, warmes Licht, und das selbstverständlich umweltschonend: Die Stromkosten für die energiesparende Beleuchtung betragen pro Abend gerade einmal fünf Euro. Die Illumination ist ein Geschenk einer Gemeinschaftsinitiative von Stiftungen und Sparkassen an den Bundestag zum 60. Gründungstag der Bundesrepublik Deutschland.

## Anwalt des Denkmalschutzes

In einer sanierungsbedürftigen Villa in Berlin-Wilmersdorf wirbt Lothar de Maizière, Vorsitzender der Berliner Stiftung Denkmalschutz, um Unterstützung. Es geht um die Restaurierung des so genannten Schoeler-Schlösschens, eines der wenigen in der Stadt noch erhaltenen bürgerlichen Landhäuser des 18. Jahrhunderts. Vor der Verwirklichung dieses Plans hat de Maizière noch zähe Auseinandersetzungen mit der Baubürokratie zu bestehen. Er sagt, die Stiftung

stecke in schwierigen Genehmigungsverfahren. „Wir kabbeln uns da rum.“

Der erste frei gewählte und zugleich letzte Ministerpräsident der DDR hatte sich 1991 nach ungerechtfertigten Stasi-spitzelvorwürfen aus der Politik zurückgezogen und war in seinen Anwaltsberuf zurückgekehrt. Den größten Teil seiner verbleibenden Freizeit widmet er heute dem Denkmalschutz, was nach seinen Worten „einer Neigung meiner Jugend“ entspricht. Schon sein Vater habe den

Kindern die Berliner Baugeschichte nahe gebracht. Später, beim Besuch des „Grauen Klosters“, des ältesten Berliner Gymnasiums, sei diese Neigung vertieft worden.

So tritt ein weiteres Ehrenamt etwas in den Hintergrund: Lothar de Maizière wirbt für die Wiederbelebung der Delphischen Spiele, die in der Antike in künstlerischen und kulturellen Disziplinen ausgetragen wurden. Kunst und Kultur hätten heute nicht eine solche Lobby wie der Sport, meint de Maizière.

## ZITATE Von Schulden und guten Vorsätzen

„An der Tatsache, dass der Bund pro Jahr Zinsen in Höhe von 42 Milliarden Euro zahlen muss – das sind 76 000 Euro pro Minute –, ohne einen einzigen Euro zurückzahlen zu können, sehen wir schon, wie dramatisch die Situation ist. Dies gilt für die Länder in gleichem Maße. Wir müssen eingreifen.“

(Peter Struck, SPD)

„Sie müssen sich fragen lassen, warum Sie jetzt eine Schuldenbremse einführen. Warum haben Sie diese nicht schon vor einem Jahr konzipiert? Jetzt, in der Zeit der schlimmsten Krise, wollen Sie die Schuldenbremse. Sie müssen die Bevölkerung davon überzeugen, dass es Ihnen ernst ist und dass sie wirken wird. Sie hatten die Chance; Sie haben sie ungenutzt verstreichen lassen und immer mehr Schulden gemacht. Dazu müssen Sie sich bekennen.“

(Ernst Burgbacher, FDP)

Es sei aber richtig, Völkerverständigung auch über die Kunst voran zu bringen.

Für den 1940 in Nordhausen geborenen Spross einer Hugenottenfamilie war der Anwaltsberuf nur zweite Wahl. Seine Liebe galt der Musik. Nach dem Studium an der Musikhochschule „Hanns Eisler“ musste er seine Tätigkeit als Bratschist wegen einer Nervenentzündung im Arm aufgeben. Er absolvierte ein Jura-Fernstudium, wurde Anwalt und vertrat pazifistisch gesonnene Jugendliche vor Gericht. Schon als 16-jähriger war er in die Ost-CDU eingetreten, in der auch sein Vater aktiv war. Obwohl Lothar de Maizière dort „nicht einmal Kassierer“ war, wurde er in der Wendezeit im November 1989 an die Spitze der Partei gewählt, die sich später mit der Union



Foto: ullstein bild/Schleyer

**Lothar de Maizière**

im Westen vereinigte. Danach war er bis zu seinem Rücktritt 1991 erster Stellvertreter des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl.

## Feiern zum Doppeljubiläum

In den Jahren 2009 und 2010 werden in Deutschland mehrere Jubiläen gefeiert: Vor 60 Jahren trat das Grundgesetz in Kraft. Vor 20 Jahren fiel die Mauer und elf Monate später wurde Deutschland vereinigt. Das Jubiläum unter dem Motto „Freiheit und Einheit“ wird sich als eine

„Festkette“ über annähernd zwei Jahre bis zum 3. Oktober 2010 erstrecken.

Im Oktober und November 2009 erinnern unter anderem in Berlin und Leipzig Festveranstaltungen an die entscheidenden Demonstrationen 1989 in der DDR sowie an den Fall der Mauer. Im Oktober 2010 folgen Veranstaltungen zum 20. Jahrestag der Wiedervereinigung. Auch die Jahrestage der freien Volkskammerwahl und der Verträge zur deutschen Einheit im Frühjahr und Sommer 2010 werden mit nationaler und internationaler Beteiligung gewürdigt. In Vorbereitung sind weitere Veranstaltungen, Ausstellungen, Publikationen. Einzelheiten des Programms sowie historisches Text- und Bildmaterial und Redetexte sind zu finden unter:

[www.freiheit-und-einheit.de](http://www.freiheit-und-einheit.de)

*Klaus Lantermann* ■



Foto: picture-alliance/akg-images

„Wenn ein Raucher heute erklären würde, er höre im Jahr 2020 mit dem Rauchen auf, dann würden wir das auch nicht als guten Entschluss bezeichnen und in ihm einen zukünftigen Nichtraucher sehen, sondern wir würden sagen, dass er eine Ausrede gewählt hat, damit er noch zehn Jahre lang ordentlich vor sich hinpaffen kann.“

**(Fritz Kuhn, Bündnis 90/Die Grünen)**

## TERMINE IM PARLAMENTSVIERTEL

**26. Juni, 10–17 Uhr**

**Tagung: 1989 – 2009 Rückblicke und Ausblicke – 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution in der DDR**

20 Jahre nach der Friedlichen Revolution blühen Ostalgie und besinnliche Rückschau, der Alltag in der DDR aber droht in Vergessenheit zu geraten. Dabei zeigt gerade er anschaulich, wie scheinbar unpolitische Probleme Bürgerengagement geweckt haben und so in der Welt des Machtmonopols der SED zu einem Politikum wurden.

**European School of Management and Technology (ehem. Staatsratsgebäude), Schlossplatz 1, 10178 Berlin, Eintritt frei, Anmeldung per Telefon (030) 847 123 73-0 oder per E-Mail: [konferenzen@ddr-museum.de](mailto:konferenzen@ddr-museum.de)**

**29. Juli 2009, 19 Uhr**

**Ungarn – das Loch im Eisernen Vorhang. Die Abstimmung mit den Füßen**

Im Mai 1989 begann Ungarn mit dem Abbau der Grenzanlagen zu Österreich. Am 19. August 1989 öffnete sich erstmals der Eisernen Vorhang: Hunderte DDR-Bürger strömten in die Freiheit. Kurz darauf campierten Zehntausende im Lande. Am 11. September 1989 öffnete Ungarn die Grenze endgültig. Der Eisernen Vorhang war zerrissen.

**Botschaft der Republik Ungarn in Berlin, Unter den Linden 76**

**bis 28. August**

**Ausstellung: Der kurze Herbst der Utopie – Berlin 1989**

Mit Texten von Zeitzeugen und Bildern erinnert die Ausstellung des Hauses der Demokratie und Menschenrechte an die Vielfalt der Stimmen in der DDR-Oppositionsbewegung.

**Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, Montag–Freitag, 10–17 Uhr, Eintritt frei, Anmeldung für Führungen: [kontakt@hausderdemokratie.de](mailto:kontakt@hausderdemokratie.de)**

**29. August, 18–2 Uhr**

**Lange Nacht der Museen**

Die 25. Lange Nacht der Museen in Berlin findet am 29. August 2009 zum Schwerpunktthema „20 Jahre Mauerfall“ statt.

**Verschiedene Orte, Informationen unter [www.lange-nacht-der-museen.de](http://www.lange-nacht-der-museen.de), Telefon (030) 247 49 888**


**Bis 9. November**

**Wir waren so frei ...**

**Momentaufnahmen 1989/1990**

Welche Bilder bewahren die Deutschen zu Hause als private Erinnerung an die Revolution und den Mauerfall auf? Die Ausstellung führt anhand von Foto, Film und Fernsehen den Bilderreichtum der Zeitenwende vom Mai 1989 bis Dezember 1990 vor Augen.

**Deutsche Kinemathek – Museum für Film und Fernsehen, Potsdamer Straße 2, 10785 Berlin, Dienstag–Sonntag, 10–18 Uhr**



Die Bundesversammlung

# Eine Sache der Ehre

Die 13. Bundesversammlung ist Geschichte, die Wahlfrauen und -männer sind an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. Ob sie Parlamentarier sind oder Wirtschaftsvertreter, Künstler und Sportler, sie verbindet der Stolz, am 23. Mai in Berlin eine wichtige Rolle bei der Wahl des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik Deutschland gespielt zu haben.



Foto: DBT/Anke Jacob



„Es war meine Stimme, die gezählt hat“ – Jan Frodeno

**B**ei der Wiederwahl von Bundespräsident Horst Köhler bereits im ersten Wahlgang war buchstäblich eine einzige Stimme entscheidend. Köhler erreichte 613 Stimmen, ganz genau die in diesem Wahlgang nötige Zahl. Dieses Ergebnis zeigt den 1223 in Berlin anwesenden Mitgliedern der Bundesversammlung, dass jedes einzelne von ihnen die Entscheidung in seiner Hand hatte. Einer der Wahlmänner, der Goldmedaillengewinner im Triathlon, Jan Frodeno, bringt es für sich persönlich auf den Punkt: „Es war meine Stimme, die gezählt hat.“

Frodeno, der von der CDU berufen worden war, empfindet es als eine „persönliche Ehre“, den Bundespräsidenten mitwählen zu können. Mitglieder der anderen Fraktionen der Bundesversammlung sahen das genauso, etwa der international renommierte Cellist Thomas Beckmann oder die Professorin Havva Engin, die mit sechs Jahren als Tochter eines türkischen Arbeiters nach Deutschland kam. Auch Politprofis wie der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Jürgen Koppelin, oder die sächsische Landtagsabgeordnete der Fraktion Die Linke, Regina Schulz, halten es für eine große Auszeichnung,

Mitglieder der 13. Bundesversammlung gewesen zu sein.

Diese Ehre hatten sie den Müttern und Vätern des Grundgesetzes zu verdanken. Die legten 1949 fest, dass die Bundesversammlung aus den Bundestagsabgeordneten und einer „gleichen Anzahl von Mitgliedern“ besteht, „die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden“. Einer der Schöpfer des Grundgesetzes, der damalige FDP-Vorsitzende Theodor Heuss, hatte angeregt, auch einige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an der Wahl des Bundespräsidenten zu beteiligen. So halten es die Landtage bis heute.

### Prominenz bei der Wahl

Jan Frodeno zum Beispiel wurde von der CDU-Fraktion des Saarlandes für die Bundesversammlung nominiert. Der 1981 in Köln geborene, in Kapstadt aufgewachsene und in Saarbrücken lebende, 1,94 Meter große Triathlet hatte bei den Olympiade 2008 überraschend die Goldmedaille gewonnen. Nach 1500 Metern Schwimmen, 40 Kilometern auf dem Rad und zehn Kilometern Laufen hatte er im Endspurt drei Favoriten niedergeboren – sein erster großer internationaler Erfolg.

Foto: DBT/Anke Jacob



„Das war schon ein erhebendes Gefühl“ – Thomas Beckmann

Frodeno, einer von 16 deutschen Goldmedaillengewinnern bei den Olympischen Spielen 2008 in Peking, ist eine der Sportgrößen, die als Volksvertreter für einen Tag in der Bundesversammlung mitwirkten. Dabei waren unter anderen der frühere Biathlet Sven Fischer, die ehemalige Boxerin Regina Halmich und Handballbundestrainer Heiner Brand. Der Triathlet berichtet, als er wegen dieses Amtes angesprochen worden sei, habe er sich das gründlich überlegt. Aber er habe dann doch nicht lange gebraucht, „um für mich festzustellen, dass dies wirklich eine persönliche Ehre ist“. Er fügt hinzu: „Ich bin nach wie vor bewegt, in diese Position gewählt worden zu sein.“ Das Wochenende in Berlin sei für ihn sehr spannend gewesen. „Weil ich in einer ganz anderen Umgebung war, konnte ich sehr viel dazulernen und viele neue Eindrücke gewinnen.“ Außerdem habe er erkannt, „dass Spitzenpolitiker

auch einiges mit Spitzensportlern gemeinsam haben“.

Thomas Beckmann, der 1957 in Düsseldorf geborene Wahlmann, hat seine großen internationalen Triumphe auf

**„Es war ein Riesenerlebnis und für mich der Beweis, dass die Demokratie bei uns funktioniert.“**

**Thomas Beckmann**

ganz anderen Bühnen gefeiert. Etwa im Moskauer Kulturpalast, wo er nach Berichten der russischen Presse die Zuhörer mit seinem Cellospiel zu Tränen

rührte. Oder in Paris, wo er und seine Frau, die Pianistin Kayoko Matsushita, ihr Konzert im Théâtre Mac Mahon nahe den Champs Élysées zwei Wochen lang mit je zwei Vorstellungen pro Tag wiederholen mussten.

Für seine Nominierung durch die SPD war aber nicht nur sein Ruf als Künstler, sondern auch sein soziales Engagement ausschlaggebend. Nachdem zwei Frauen in der Düsseldorfer Altstadt erfroren waren, hatte er 1993 in seiner Heimatstadt die Aktion „Schlafsack für Obdachlose“ gegründet, die sich zum bundesweiten Projekt „Gemeinsam gegen Kälte“ entwickelte. Sein Cello hilft Beckmann bei seinem Engagement: Als in Nordrhein-Westfalen die Mittel für ein Obdachlosen-Modellprojekt gestrichen werden sollten, protestierte er vor dem Landtag mit einem „Streichkonzert“ – getreu seinem Motto „Mit künstlerischen Mitteln gesellschaftlich wirken“.





Der parteilose Künstler sagt, schon bei der Konstituierung der Bundesversammlung habe er das Gefühl gehabt, bei einem wichtigen Akt der Demokratie dabei sein zu dürfen. „Das war schon ein erhebendes Gefühl.“ Und als er nach der Stimmabgabe inmitten der SPD-Fraktion auf das Ergebnis wartete, sei das „hochspannend“ gewesen. „Es war ein Riesenerlebnis und für mich der Beweis, dass die Demokratie bei uns funktioniert und dass in den parlamentarischen Abläufen alles seine Richtigkeit hat.“

Jürgen Koppelin war schon 1994 dabei, als die Bundesversammlung nach vier Tagungen in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn nach Berlin zurückkehrte. Er ist einer der 612 Bundestagsabgeordneten, die aufgrund ihres Mandats

**„Die Lehre, die man daraus für jede Wahl ziehen kann, lautet: Es kommt auf jede Stimme an.“**

**Jürgen Koppelin**

Mitglieder der Versammlung waren. Der 1945 in Dithmarschen geborene gelernte Bankkaufmann arbeitete vor seiner Zeit im Parlament in der Musikindustrie und beim Norddeutschen Rundfunk, wo er prominente Künstler wie Elton John oder Nana Mouskouri persönlich kennenlernte.

Koppelin ist Landesvorsitzender seiner Partei in Schleswig-Holstein. In der FDP-Bundestagsfraktion ist er einer der vier Parlamentarischen Geschäftsführer. Die sind vor und bei einer Bundesversammlung für die Betreuung der Delegierten ihrer Partei verantwortlich. Ihnen bot Koppelin, der als haushaltspolitischer Fraktionssprecher auch für den Kulturetat zuständig ist, eine Führung durch das wiederhergestellte Neue Museum an. Die Partner der Wahlmänner und -frauen waren dazu eingeladen. Auch sie sollten nach den Worten des FDP-Parlamentariers bei einem so großen Ereignis dabei sein können.

Trotz seiner langen Politikerfahrung ist Koppelin immer noch stolz, das Staatsoberhaupt mitwählen zu dürfen. Er meint, die Bundesversammlung sei schon wegen ihrer Größe und ihrer Atmosphäre etwas Besonderes. Spannend sei sie ja auch. Denn alle hätten sich gefragt:

„Klappt es schon im ersten Wahlgang?“ Es klappte mit einer Punktlandung. Hätte nur eine Stimme gefehlt, wäre es zu einem zweiten Wahlgang gekommen, möglicherweise auch zu einem dritten, in dem eine einfache Mehrheit gereicht hätte. Koppelin meint: „Die Lehre, die man daraus für jede Wahl ziehen kann, lautet: Es kommt auf jede Stimme an.“

In der Geschichte der Bundesversammlungen ist es bisher erst zweimal zu einem dritten Wahlgang gekommen. Besonders spannend war das Rennen im Jahre 1969, als Gustav Heinemann mit Unterstützung der FDP als erster Sozialdemokrat Bundespräsident wurde. Koppelin, damals Mitarbeiter des FDP-Abgeordneten Walter Peters, hat in der Berliner Ostpreußenhalle die Entscheidung hautnah miterlebt. Er erzählt, sein Chef habe sich mit Vehemenz für Heinemann eingesetzt. Als dessen Sieg feststand, sei die Begeisterung groß gewesen.

Heinemann, in der Großen Koalition Bundesjustizminister, hatte im dritten Wahlgang gerade mal sechs Stimmen mehr als sein Kabinettskollege Gerhard Schröder von der CDU, damals Verteidigungsminister. Eine knappere Mehrheit hat es bis heute nicht gegeben. Die



Foto: DBT/Anke Jacob

**„Klappt es schon im ersten Wahlgang?“ – Jürgen Koppelin**



Foto: DBT/Anke Jacob

**Wahlfrau zu sein, ist für sie eine große Ehre: Havva Engin**

Wahl Heinemanns galt als Signal für eine Koalition aus SPD und FDP, die dann tatsächlich im Herbst 1969 zustande kam.

Schon vorher hatten sich neue Regierungskoalitionen durch eine Zusammenarbeit der Parteien bei der Bundesversammlung angekündigt. So 1949 bei der Wahl des FDP-Vorsitzenden Theodor Heuss, der von der CDU/CSU unterstützt wurde. Die Freien Demokraten revanchierten sich drei Tage später bei der Wahl von Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler. Auch die Wiederwahl von Bundespräsident Heinrich Lübke durch CDU/CSU und SPD im Jahre 1964 wurde von den Zeitgenossen als Vorgriff auf die erste Große Koalition interpretiert, die 1966 geschlossen wurde.

1994 kam es erneut zu einem dritten Wahlgang. Wie Jürgen Koppelin war damals auch die Bielefelder Professorin Havva Engin Mitglied der ersten Bundesversammlung nach der deutschen Vereinigung. Damals war sie noch Studentin und von der SPD aufgestellt. Dieses Mal wurde sie von den Grünen in Baden-Württemberg nominiert. Auf die Frage, ob sie denn auch für die CDU zur Bundesversammlung gehen würde, antwortet sie: „Ja, selbstverständlich.“ Sie sehe diese Aufgabe als überparteilich an und mache auch ihre Wahlentscheidung

nicht von der Partei abhängig, die sie nominiert habe.

Als die Sechsjährige 1968 nach Deutschland kam, wurde sie in eine türkische Klasse gesteckt und lernte erst später unter großen Mühen Deutsch. Heute ist sie an der Fachhochschule Bielefeld zuständig für den Bereich „mehrsprachige Sprachentwicklung, Migration und interkulturelle Pädagogik“. Sie sagt, sie verdanke ihren Aufstieg der Motivation ihrer Eltern und dem Glück, alle Bildungsinstitutionen durchlaufen zu haben.

Engin berichtet, auf den beiden Bundesversammlungen habe sie Menschen mal aus der Nähe erlebt, die man sonst nur aus dem Fernsehen kenne. „Das sind ganz normale Menschen, mit denen man normal reden kann.“ Wahlfrau gewesen zu sein, sei eine große Ehre.

## „Die Mitwirkung von Nichtpolitikern an der Wahl des Staatsoberhauptes ist ein Votum für das Volk.“

Havva Engin

In der Mitwirkung von Nichtpolitikern an der Wahl des Staatsoberhauptes sieht sie ein „Votum für das Volk“. Es sei sehr wichtig, dass sich die Zusammensetzung der Bundesversammlung an der Zusammensetzung der Bevölkerung orientiere, also auch Menschen mit Migrationshintergrund umfasse. Wenn man in die Liste der Delegierten schaue, habe man den Eindruck, dass der Anteil von Menschen aus Zuwandererfamilien zugenommen habe. Das sei ein Signal, dass sie in der Mitte der Gesellschaft angekommen seien. Engin freut sich besonders, dass Horst Köhler in seiner kurzen Dankesrede nach seiner Wiederwahl als eine seiner Aufgaben Bildung und Integration genannt habe.

1994 hatte sich im dritten Wahlgang der von der CDU/CSU nominierte Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, mit deutlicher Mehrheit durchgesetzt, nachdem die FDP ihre Kandidatin Hildegard Hamm-Brücher zurückgezogen hatte. Ihr Parteifreund Koppelin meint, damals sei die Chance verpasst worden, erstmals eine Frau zum Staatsoberhaupt zu wählen. Die Kandidatin seiner Partei hätte durchaus eine Chance gehabt, wenn die SPD nicht an ihrem Bewerber Johannes Rau festgehalten hätte.

## Bundesversammlung

# „Abgeordnete für einen Tag“

### Wer wählt den Bundespräsidenten?

Die Bundesversammlung tritt alle fünf Jahre zur Wahl des Staatsoberhauptes zusammen. Sie besteht aus den Abgeordneten des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Abgeordneten, die von den Länderparlamenten entsandt werden. Einige dieser Wahlmänner und -frauen sind „Abgeordnete für einen Tag“: Die Landtage, die Bürgerschaften in Hamburg und Bremen und das Abgeordnetenhaus Berlins machen von ihrem Recht Gebrauch, Prominente, Sportler, Künstler und ehemalige Politiker zu nominieren. Als Mitglied der Bundesversammlung genießen sie bis zur Wahl gewisse Rechte, etwa Immunität und Kündigungsschutz. So soll sichergestellt werden, dass sie frei und nach ihrem Gewissen entscheiden können. Die Wahlmänner und Wahlfrauen sind mit ihrer Entscheidung nicht an Parteien gebunden.



Foto: DBT/funophoto/Julia Nowak-Katz

### Wie wird gewählt?

In den ersten beiden Wahldurchgängen ist eine absolute Mehrheit notwendig, im dritten reicht die relative Mehrheit der Stimmen. In der Geschichte der Bundesrepublik war dies nur einmal 1969 bei der Wahl von Gustav Heinemann der Fall. 1994 wählte die Bundesversammlung Roman Herzog zum Bundespräsidenten zwar auch im dritten Anlauf – dieses Mal allerdings mit absoluter Mehrheit. Mit Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses ist die Wahl noch nicht abgeschlossen: Der neue Bundespräsident steht erst fest, wenn dieser die Wahl angenommen hat. Laut Gesetz hat er oder sie dafür sogar zwei Tage Bedenkzeit, allerdings ist es üblich, dass die Wahl direkt im Anschluss angenommen wird.

### Wann wird gewählt?

Traditioneller Wahltermin ist seit 1979 der 23. Mai, der Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes. Der damalige Präsident des Bundestages Karl Carstens machte von seinem Recht als Präsident der Bundesversammlung Gebrauch, Ort und Zeit der Bundesversammlung festzulegen, und wählte den „Verfassungstag“. Bei dieser Wahl trat Carstens schließlich selbst als Kandidat an und wurde zum Bundespräsidenten gewählt. Aus diesem Grund leiteten seine Stellvertreter im Bundestagspräsidium die Bundesversammlung.

### Wo wird gewählt?

Nach der ersten Bundesversammlung in Bonn 1949 tagte das Gremium in den 50er- und 60er-Jahren in der Ostpreußenhalle unter dem Funkturm im Westteil Berlins. Die DDR protestierte regelmäßig gegen die Wahl des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik in der geteilten Stadt. 1965 sorgten sowjetische Tiefflieger über Berlin für Schlagzeilen, die mit ohrenbetäubendem Lärm die Bundesversammlung zu stören versuchten. Nach dem Viermächteabkommen über Berlin von 1971 fand die Wahl des Bundespräsidenten ab 1974 in der Bonner Beethovenhalle statt. In Berlin trat die Bundesversammlung erst zwanzig Jahre später wieder zusammen – zur ersten Wahl des Bundespräsidenten im wiedervereinigten Deutschland. Seither trifft sich die Bundesversammlung im Reichstagsgebäude.

**1 224 Abgeordnete  
wählten am 23. Mai  
den Bundespräsidenten**

Rau erreichte aber sein Ziel fünf Jahre später, als sich die Mehrheitsverhältnisse verändert hatten und Herzog deshalb nicht wieder kandidierte. Auch Koppelin stimmte für den Sozialdemokraten, nachdem in der FDP-Fraktion der Bundesversammlung das Abstimmungsverhalten ausdrücklich freigegeben worden war. Auf die Frage, welche Rolle die Fraktionsdisziplin in der Bundesversammlung spiele, antwortet Koppelin, man bemühe sich zwar um Geschlossenheit. „Aber am Ende ist jeder frei.“ Die Entscheidung jedes Einzelnen bleibe ja sein Geheimnis.

### Treffpunkt Bundesversammlung

Regina Schulz, die Wahlfrau der Linken, gehörte wie Frodeno, Beckmann und Engin zu den insgesamt 612 Personen, die von den 16 deutschen Länderparlamenten in die Bundesversammlung geschickt wurden. Sie kommt aus Sachsen, dessen Landtag 33 Personen nach Berlin entsenden durfte. Wie viele Delegierte jedem Land zustehen, hängt von dessen Bevölkerungszahl ab. So standen in diesem Jahr dem bevölkerungsreichsten Land, Nordrhein-Westfalen, 131 Delegierte zu, dem kleinsten Bundesland, Bremen, nur fünf.

Regina Schulz wurde 1948 in der thüringischen Kleinstadt Kahla geboren. Wie in der DDR üblich, verband sie ihr Abitur mit einer Berufsausbildung.

Sie absolvierte eine Maurerlehre, studierte Berufspädagogik für Bauwesen, machte ihren Diplomingenieur und arbeitete anschließend als Lehrerin für Bauwesen. Sie hatte sich früh politisch engagiert und war als 19-Jährige in die SED eingetreten, wo sie später politische Mitarbeiterin der Kreisleitung wurde. Nach der Wende setzte sie ihre politische Laufbahn in der PDS fort, zunächst in der Kommunalpolitik, seit 1994 auch als Landtagsabgeordnete. Sie ist heute 1. Vizepräsidentin des Landesparlaments und gehörte damit zu der recht großen Gruppe der Wahlfrauen und -männer, die als führende Politiker ihrer Parteien in die Bundesversammlung geschickt wurden.

Wie alle Fraktionen der Bundesversammlung trafen sich auch die Linken am Vorabend der Entscheidung, um sich kennenzulernen oder alte Kontakte zu erneuern. Sie erlebte mit, wie sich zwei sehr unterschiedliche Delegationsmitglieder begegneten, der 46 Jahre alte Schauspieler und Kabarettist Uwe Steimle und der 84 Jahre alte Justin Sonder, ein jüdischer Überlebender von Auschwitz. Es sei für sie besonders eindrucksvoll gewesen, wie die beiden aufeinander zugegangen seien und im Gespräch gemeinsame Auffassungen entdeckt hätten.

Für Regina Schulz, die bei der Landtagswahl in Sachsen am 30. August nicht wieder kandidiert, war dieses

Mandat eine „ehrenvolle Aufgabe“ und einer der Höhepunkte ihrer politischen Laufbahn. Was empfindet eine gelernte DDR-Bürgerin und ehemaliges SED-Mitglied bei der Wahl des Staatsoberhauptes des vereinigten Deutschlands? Ihre Antwort lautet: Nach 20 Jahren ist man ja doch schon in diesem Staat verwurzelt. Allerdings wäre es ihr noch lieber, wenn der Bundespräsident direkt vom Volk gewählt würde.

Eine solche Volkswahl hatten die Mütter und Väter des Grundgesetzes 1949 – vier Jahre nach Kriegsende – verworfen. Ihnen war noch ganz frisch in Erinnerung, welche unheilvolle Rolle der vom Volk direkt gewählte Reichspräsident Paul von Hindenburg bei der Zerstörung der ersten deutschen Republik durch die Nationalsozialisten gespielt hatte. Und so hatten die Mitglieder des Parlamentarischen Rates in langen Diskussionen die Bundesversammlung konstruiert – eine ganz ungewöhnliche Versammlung. Denn sie ist das größte deutsche Parlament, sie tagt normalerweise nur alle fünf Jahre, es werden keine Debatten geführt und die Sitzungen sind recht kurz. Auch die 13. Bundesversammlung nahm keine drei Stunden in Anspruch. Ihre Ergebnisse aber können sich sehen lassen. Mit all ihren Bundespräsidenten haben die Deutschen Staat machen können.

Klaus Lantermann ■



Ein Höhepunkt in der politischen Laufbahn: Regina Schulz



**Detlef Parr**

# Der Hürdenläufer

Sport würde Detlef Parr am liebsten als Staatsziel ins Grundgesetz schreiben lassen. Seit mehr als zehn Jahren sitzt er im Sportausschuss des Bundestages. Sich starkmachen nicht nur für den Leistungssport, sondern für Integration und Prävention, für das Ehrenamt und den Zusammenhalt in der Gesellschaft, darin sieht er seine Aufgabe. „Sport ist mehr als Doping und Gewalt“, sagt der Liberale, der einst selbst von 100 bis 400 Meter alles rannte – und dabei so manche Hürde nahm.



**H**ier entlang geht es zum Sport, die schwedischen Hochspringer Kajsa Bergqvist und Stefan Holm weisen den Weg. Die beiden grüßen von einem Plakat der Leichtathletik-Europameisterschaft 2006 in Göteborg, das Detlef Parr an seine Bürotür im Jakob-Kaiser-Haus geklebt hat. Auch im Zimmer ist nicht zu übersehen, dass hier ein Mitglied des Sportausschusses arbeitet: Von den Regalen baumeln einige Akkreditierungen, die von den Asienspielen 2006 in Doha etwa, im untersten Fach liegen zwei halb aufgepumpte Fußbälle, und an der Wand laufen gerade die Profis von Werder Bremen auf einem Kalenderblatt aufs Spielfeld.

Detlef Parr kommt herein, ein wenig außer Atem, der Sportausschuss ist an diesem Tag in die Verlängerung gegangen. „Klaus Schlappner hat gerade noch über Fußballprojekte im Ausland erzählt. Das hat etwas gedauert“, sagt Parr, aber es ist ihm anzumerken, dass es eine der angenehmen Sitzungen des

## „Sport ist mehr als Doping und Gewalt.“

Ausschusses war. Ein Fußballtrainer erzählt von seinen Weltreisen, das hat Parr gefallen. „Schlappner hat sehr volksnah formuliert“, sagt der FDP-Abgeordnete, der seine Fraktion im Ausschuss als Obmann und sportpolitischer Sprecher vertritt. Außerdem ging es um die guten Seiten des Sports: Integration, soziales Engagement, also das, was Parr am Sport so schätzt.

Es dauert jedoch nur wenige Minuten, und das Gespräch ist am kritischsten Punkt des Sports angelangt: Doping. „Der Sport ist mehr als Doping und Gewalt“, sagt Parr und ist sich bestimmt trotzdem bewusst, wie sehr nicht nur der Sport, sondern auch der Sportausschuss des Bundestages inzwischen im Klammergriff des Dopings steckt.

## Mehr Staat oder weniger?

Sitzung um Sitzung hatte der Ausschuss darüber gestritten, wie denn die Politik dem Sport beim Trockenlegen des Dopingsumpfs helfen solle. Die einen wollten viel Staat, wenn nötig Razzien in Umkleidekabinen und Strafverfahren gegen Sportler wegen Betrugs. Die anderen wollten weniger Staat und allenfalls die Hintermänner ins Visier strafrechtlicher Ermittlungen nehmen. Alles spitzte sich zu auf die Frage der Besitzstrafbarkeit, also ob schon der Besitz eines Dopingmittels ausreichte, um einen Sportler anzuklagen. Herausgekommen ist Anfang 2007 ein Kompromiss. Die Strafverfolgungsbehörden kümmern sich um „nicht geringe Mengen“ von Dopingmitteln. Diese Formel hatten sich Union und SPD aus dem Umgang mit den sogenannten weichen Drogen abgeschaut.

Die Debatte um staatliche Mittel gegen Manipulation im Sport hatte jedenfalls den Ausschuss auf einmal zum zentralen Akteur des Sports gemacht. So wichtig wie in dieser Phase war er vielleicht noch nie in seiner Geschichte. In diesem Jahr wird der Ausschuss 40, gegründet worden war er 1969 als „Sonderausschuss für Sport und Olympische Spiele“. Olympia 1972 in München

stand bevor und damit eine Chance, das Land durch Sport zu repräsentieren, auch im Wettstreit mit der DDR.

Über die Rolle, Begleiter von sportlichen Großveranstaltungen in Deutschland zu sein, ist der Ausschuss längst hinausgewachsen. Und er besitzt ein Alleinstellungsmerkmal: Der jetzige Ausschussvorsitzende Peter Danckert von der SPD-Fraktion hat eingeführt, jede Sitzung öffentlich abzuhalten. „Seitdem haben wir permanent Plenum“, sagt Parr. Eine Entwicklung, die ihm nicht uneingeschränkt zusagt. „Es geht ein bisschen lebendiger zu als früher, aber auch kontroverser als notwendig.“ Die Versuchung sei nun groß geworden, Themen mit Schaufensterreden zu skandalisieren. „In der Öffentlichkeit ist die Aufmerksamkeit gestiegen, aber im organisierten Sport hat der Ausschuss an Ansehen und Seriosität verloren.“

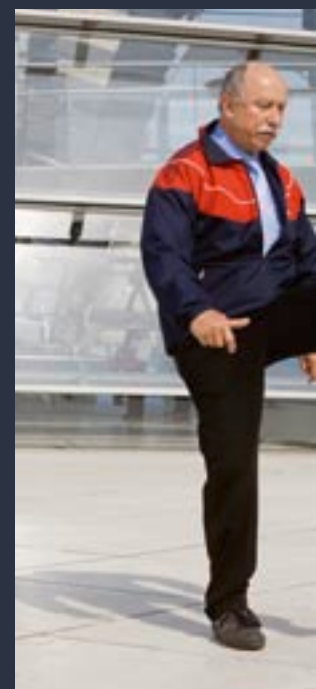
Seit 1998 gehört der 66 Jahre alte Rheinländer Parr dem Ausschuss an, seitdem ist er Abgeordneter, von einer kurzen Episode 1994 als Nachrücker einmal abgesehen. Was der Ausschuss tun und lassen soll, davon hat der Liberale klare Vorstellungen. „Der Sport ist autonom, da sollte der Staat nicht so viel hineinregieren und keine Politik des goldenen Zügels machen“, sagt Parr. Der Sportler solle auch bei der Doping-

bekämpfung durch den Staat nicht kriminalisiert werden.

Kein Wunder, dass er die Beschlüsse zum Doping nicht erwähnt, wenn er nach den Sternstunden des Ausschusses gefragt wird. Gute Arbeit hat der Ausschuss seiner Ansicht nach vor der Fußball-WM 2006 geleistet, als er darauf drängte, das Kulturprogramm unter die Aufsicht einer Stiftung zu nehmen. Es ging schließlich um 30 Millionen Euro an öffentlichen Mitteln, die aus dem Verkauf von Münzen hereingeholt worden waren. „Die Stiftung war eine tolle Lösung für Transparenz“, sagt Parr, „es war ein Musterbeispiel, wie der Sportausschuss sich einbringen kann.“

## Prävention durch Sport

Sich einbringen – das sieht Parr als zentrale Aufgabe des Ausschusses an –, Aufmerksamkeit für Themen herstellen, für den Behindertensport zum Beispiel, für die Stärkung des Ehrenamts, die Intensivierung des Schulsports, Prävention durch Sport. Oder auch mal eine Grundsatzdebatte zu führen. „Welche ethischen Grundlagen hat der Sport eigentlich? Ist das ‚Höher, Schneller, Weiter‘ überhaupt noch die Richtlinie? In meinen Augen kann sie es nicht mehr sein, weil wir an die Grenzen der



Leistungsfähigkeit gekommen sind.“ Die Fixierung auf Weltrekorde, da ist sich Parr mit Thomas Bach einig, seinem Parteifreund und Präsidenten des Deutschen Olympischen Sportbunds, sei eine Fehlentwicklung.

Wichtig wird der Ausschuss auch, wenn es ums Geld geht, gerade wenn die Mittel zur Spitzensportförderung verteilt

ball bei Fortuna Düsseldorf hat er ebenfalls gespielt, bis zur Vertragsreserve in der Oberliga West, so hieß das damals. „Wahrscheinlich bin ich nicht besser geworden, weil ich beides nebeneinander gemacht habe“, sagt er. Für eines entscheiden will er sich auch heute nicht. „Schade, dass der Leichtathletik gerade ein bisschen die Luft ausgeht“,

## „Der Sport ist autonom, da sollte der Staat nicht so viel hineinregieren.“

werden und hinterher kontrolliert wird, ob sie richtig ausgegeben worden sind. „Da müssen wir darauf achten, dass kein dopingbelasteter Trainer finanziert wird, sonst müssen wir Zahlungen zurückverlangen.“

Den Sport als politisches Spielfeld hat Parr nicht erst als Abgeordneter entdeckt. Er kommt selbst aus dem Sport. Früher war er Leichtathlet, von 100 bis 400 Meter ist er alles gerannt, auch über die Hürden. Er ist auch bei deutschen Mannschaftsmeisterschaften gestartet, eine Veranstaltung, die es zu seinem Bedauern nicht mehr gibt. Fuß-

sagt er. Dass die Leichtathletik wie in Stuttgart aus den großen Stadien gedrängt werde, weil der Fußball die bestmöglichen Bedingungen haben will und auch genügend Geld hat, um sie sich leisten zu können. „Da blutet mir das Herz.“ Zumal gerade aus seiner Region große Idole der Leichtathletik kommen, Willi Wülbeck oder Frank Busemann. Eine Versöhnung seiner beiden Sportarten kann sich Parr aber gut vorstellen. „Wäre doch toll, wenn in der Halbzeitpause bei einem Fußballspiel Staffeln ihre Runden drehen würden.“ Und ein kleines Hoffnungszeichen hat

Parr immerhin in nächster Nähe erlebt: „Mein Enkel ist gerade von Fußball auf Leichtathletik umgestiegen.“

Sport würde Parr am liebsten als Staatsziel ins Grundgesetz schreiben lassen, weil er so viel leiste. „Schön, dass man im Sport tätig sein kann“, sagt er. Den Umgang aus dem Sport überträgt Parr, der an der Deutschen Sporthochschule in Köln studierte und als Sportlehrer arbeitete, gern in die Politik: die große Gemeinschaft, zum Beispiel das Zusammenhalten des Sportausschusses gegen die Kollegen aus dem Haushaltsausschuss, wenn es um Mittel für Sportstättenbau geht. „Die Kulturpolitik durch Sport, getragen durch alle Fraktionen, das ist eine schöne Angelegenheit“, sagt Parr, auch wenn er inzwischen auch andere Entwicklungen sieht. „Der Schulterschluss zwischen den Fraktionen im Sportausschuss war früher enger.“

### Fans vor der Absperrung

Bei so viel Bewunderung für den Sport kommt Parr im Laufe des Gesprächs von selbst auf den Vorwurf, mit dem er und seine Kollegen häufig konfrontiert werden. Sie seien Fans, die es über die Absperrung geschafft hätten. „Ich bekomme oft zu hören: Ihr geht da im-



Fotos: DBT/Edgar Zippel



mer zu den Sportveranstaltungen und sitzt auf der Tribüne. Das ist zu kurz gedacht. Vorher, in der Pause und hinterher suchen wir den Kontakt zu den Meinungsführern im Sport. Da wird doch Politik gemacht.“

Sport findet eben zuerst im Stadion und in der Halle statt und erst dann im Sitzungssaal der Politik. Seinen eigenen Einfluss sieht Parr ohnehin als begrenzt an. „Ich bin der geborene Oppositionspolitiker.“ Als er für die FDP-Fraktion als Referent im nordrhein-westfälischen Landtag arbeitete, betrieb er genauso Oppositionsarbeit wie in seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter. Die Agenda habe er dennoch an manchen Stellen mitbestimmen können. „Der Sportausschuss hat das Thema Glücksspiel und Sportwetten zum Thema gemacht“, sagt er – und ist bei einem seiner Lieblingsthemen angekommen, dem Glücksspielstaatsvertrag.

Da stecken für ihn gleich zwei Anliegen drin, denn zum einen könne der Sport durch eine Öffnung des staatli-

chen Monopols mehr einnehmen. „Ich kann schließlich im Parlament nicht immer die Mittel aufstocken.“ Zum anderen entspricht die Öffnung auch seinem liberalen Grundverständnis. „Wir können den Menschen zutrauen, wie sie spielen wollen, wie sie sich unterhalten wollen.“ Eine Öffnung des Marktes unter staatlicher Kontrolle und flankiert durch Aufklärung über Spielsucht, dafür streitet Parr – bisher vergebens. „Im Sucht- und Drogenbereich habe ich meine Erfolge gehabt“, sagt Parr hingegen. Dass die Werbebeschränkungen für Alkohol nicht so restriktiv wie geplant durchgekommen seien, das führt er auch auf sein Zutun zurück.

Der Sportausschuss kümmert sich nach vierzig Jahren bei allen Veränderungen des Sports aber auch noch um die Aufgabe, für die er einst gegründet worden ist: sportliche Großveranstaltungen in Deutschland. Nur, dass er sie nicht irgendwie begleiten, sondern auch erst einmal dabei mithelfen soll, sie überhaupt nach Deutschland zu bringen.

Denn die internationalen Sportverbände verlangen inzwischen von den Austragungsländern, ihnen die Steuern so weit wie möglich zu erlassen. „Wenn man da nicht mitmacht, ist das eine Milchmädchenrechnung, weil man ja auch entsprechende Mittel durch die Veranstaltung reinbekommt“, sagt Parr. Ohne sportfreundliche Steuerpolitik sei der deutsche Sport international nicht wettbewerbsfähig. Das gelte auch für das nächste große Projekt, die Bewerbung Münchens um die Olympischen Winterspiele 2018.

Diese Spiele wird Detlef Parr nicht mehr als Abgeordneter erleben, er scheidet in diesem Jahr aus dem Bundestag aus. Aber die Weltmeisterschaften in seiner Lieblingssportart Leichtathletik, die kann er sogar auf kürzestem Weg erreichen, im August im Berliner Olympiastadion. „Das ist eine schöne Abrundung“, sagt Parr, „ich habe meine Wohnung in Berlin auch erst für Ende August gekündigt.“

Friedhard Teuffel ■



Foto: DBT/Edgar Zippel

**Zur Person:** Detlef Parr, geboren 1942 in Düsseldorf, ist seit 1998 Mitglied des Bundestages. Nach einem Sport- und Anglistikstudium in Bonn und an der Deutschen Sporthochschule in Köln arbeitete Parr als Sportlehrer und Realschulrektor. Der Vater von fünf Kindern ist Mitglied im Sportausschuss, für die FDP-Fraktion spricht er als Experte für Sport, Präventions-, Sucht- und Drogenpolitik. Als Vizepräsident von Special Olympics Deutschland macht sich Parr für Menschen mit geistiger Behinderung stark.

[www.detlef-parr.de](http://www.detlef-parr.de)

[detlef.parr@bundestag.de](mailto:detlef.parr@bundestag.de)



## Politik heißt Detailarbeit.

Viele Bundestagsabgeordnete bearbeiten ungewöhnliche Spezialgebiete. Hier werden sie vorgestellt.

**Zur Person:** Mechthild Rawert, Jahrgang 1957, Abgeordnete der SPD-Fraktion, ist Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und im Ausschuss für Gesundheit.  
[mechthild.rawert@bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@bundestag.de)  
[www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)

# Gibt es bald kein Robbenöl mehr, Frau Rawert?

**I**ch bin froh, das bald sagen zu können. Der Bundestag wird noch in dieser Legislaturperiode die Gesetzgebung über das Verbot der Einfuhr, Verarbeitung und das Inverkehrbringen von Robbenerzeugnissen zu Ende bringen. Es war ein langer Weg, aber der Beschluss wird voraussichtlich mit großer Mehrheit und mit der Zustimmung des Bundesrates gefasst. Ärgerlich bleibt, dass es aktuell noch immer keine entsprechende EU-Regelung gibt, die ein Importverbot für Produkte aus Sattel- und Mützenrobben regelt. Dies wäre sicherlich besser gewesen als ein nationaler Alleingang. Das sage ich als überzeugte Europäerin.

Zwar geht es endlich vorwärts in Brüssel, das Europäische Parlament hat im Mai 2009 einen entsprechenden Vorschlag der Kommission angenommen. Doch auch wenn eine Einigung in Sicht ist, abwarten, bis es letztlich zu einer EU-Regelung kommt, hätte geheißen, weiter tatenlos zuzusehen, wie jährlich rund 750.000 Robben für kommerzielle Zwecke getötet und gehäutet werden. 60 Prozent davon gehen auf das Konto der Länder Kanada, Grönland und Namibia. In Kanada sind seit 1996 mehr als drei Millionen Sattelrobben getötet worden – unter anderem für gewinnbringende Wellness- und Modeprodukte.

Daher war es richtig, dass Deutschland mutig vorangeschritten ist und mit seiner deutlichen Position Europa angestoßen hat.

Robbenjäger gehen nicht zimperlich vor. Die Tiere werden oft mit Bootshaken, Knüppeln und Hakapiks getötet. Rund 90 Prozent der getöteten Tiere sind Jungtiere im Alter von zwei Wochen bis drei Monaten. Viele haben die Bilder von derartigen Massakern schon einmal gesehen und waren schockiert. Oft wird den Robben das Fell noch bei lebendigem Leib abgezogen. Das sind blutige Massenschlachtungen, die nicht im Geringsten angemessene Standards erfüllen, wenn es um die Schlachtung von Tieren geht. In Deutschland sind derartige Grausamkeiten in Schlachthöfen oder Forschungslaboren verboten. Ich sage: Ein solches Verbot ist inkonsequent, wenn es nicht durch ein Einfuhrverbot für Produkte ergänzt wird, die das Ergebnis blutiger Massenschlachtungen sind. Wir reden hier nicht von der traditionellen Robbenjagd der Inuit. Die daraus gewonnenen Produkte unterliegen nach unserem Gesetzentwurf einer Ausnahmeregelung. Ich weiß, dass wir mit dem Gesetz die Meinung der Mehrheit unserer Bevölkerung widerspiegeln. Und ich hoffe, dass bald europaweit die Einfuhr von Robbenerzeugnissen verboten ist.

# DAS GRUNDGESETZ

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet. Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich. Alle Deutschen haben das Recht, Beruf und Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet. Die Wohnung ist unverletzlich. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

den 23. Mai des Jahres  
Idertneunundvierzig

*Telewurst*

PARLAMENTARISCHEN RATES

*uph Schönfelder*

PARLAMENTARISCHEN RATES

*Münster*

PARLAMENTARISCHEN RATES



REPUBLIQUE FRANÇAISE  
LIBERTÉ - ÉGALITÉ - FRATERNITÉ  
**REFERENDUM**

**NON**

REPUBLIQUE FRANÇAISE  
LIBERTÉ - ÉGALITÉ - FRATERNITÉ  
**REFERENDUM**

**OUI**

## Volksentscheide auf Bundesebene

# Demokratie direkt

**Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, daran lässt das Grundgesetz keinen Zweifel. Doch wie der Wille des Volkes in der Demokratie am besten ermittelt werden kann, darüber gehen die Meinungen auseinander: Durch Wahlen alle vier Jahre oder zusätzlich durch Volksentscheide? Im Streitpunkt von BLICKPUNKT BUNDESTAG diskutieren Gerald Häfner, Vorstand im Verein „Mehr Demokratie“, und Thomas Strobl (CDU/CSU), Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.**

**W**as darf das Volk? In welchem Maße soll sich der mündige Bürger am demokratischen Willensbildungsprozess auf Bundesebene beteiligen? Nur alle vier Jahre durch seine Teilnahme an Wahlen oder auch durch Elemente einer direkten Demokratie wie etwa in Frankreich, Italien oder in der Schweiz? Gefährden oder beleben Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid unsere Demokratie?

Über diese Frage hat der Bundestag kürzlich eine lebhafte Grundsatzdebatte geführt – im Jahr des 60. Jahrestages des Grundgesetzes. Grundlage dafür waren drei Gesetzentwürfe von FDP, den Grünen und der Fraktion Die Linke mit dem gemeinsamen Ziel, plebiszitäre Elemente in das Grundgesetz einzufüh-

ren. Doch die Initiativen scheiterten am Widerstand der Union. Die SPD stimmte ebenfalls dagegen, allerdings nur aus Koalitionsrason. Bekanntlich vereinbarten Koalitionsparteien zu Beginn ihrer Zusammenarbeit stets, nicht gegeneinander mit wechselnden Mehrheiten zu stimmen. Inhaltlich halte auch ihre Partei eine Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie für sinnvoll, betonten die Sozialdemokraten.

In breiten Kreisen des Bundestages hat sich die Auffassung verfestigt, dass trotz der Ablehnung der Gesetzentwürfe das Thema nicht dauerhaft vom Tisch sei. Dazu habe der Zug in Richtung mehr Volksbeteiligung bereits zu viel Fahrt aufgenommen. Tatsächlich gibt es nicht nur in den Kommunen, sondern auch in allen 16 Bundesländern direkte

Mitbestimmungsrechte des Volkes. Auch Europa will mehr direkte Demokratie wagen.

Was sind die Gründe, die die CDU als einzige Partei im Bundestag Nein sagen lässt – obwohl sogar die kleine Schwesterpartei CSU plebiszitäre Elemente für eine sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie hält?

Im Wesentlichen sind es vier Argumente, die die CDU für ihre Haltung ins Feld führt:

- die negativen Erfahrungen mit Volksabstimmungen in der Weimarer Republik;
- Volksabstimmungen bergen die Gefahr des Populismus, des Missbrauchs und der politischen Destabilisierung in sich;
- Volksabstimmungen können den komplexen Fragestellungen unserer pluralistischen Welt nicht gerecht werden;
- Volksabstimmungen tragen zur Abwertung und zum Bedeutungsverlust des Parlaments bei.

Die Befürworter sehen die Lage mit anderen Augen. Sie erkennen Handlungsbedarf, weil sich die repräsentative Demokratie in einer Legitimationskrise befinde, die sich immer deutlicher in häufig extrem niedrigen Wahlbeteiligungen manifestiere. Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid könnten diese Entwicklung bremsen, den politischen Prozess wieder beleben und damit zu einer besseren Akzeptanz unserer Demokratie führen. Nach 60 Jahren Bundesrepublik sei die Bevölkerung reif für mehr Selbstbeteiligung und Verantwortung. Schließlich sei das Volk nicht dümmer als die Parlamentarier.

Was ist richtig, was ist falsch? Wo liegen die Gefahren, wo die Chancen von mehr direkter Demokratie? Darüber führt BLICKPUNKT BUNDESTAG ein Streitgespräch mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Thomas Strobl – er ist Vorsitzender des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung – und dem Vorstand des Vereins „Mehr Demokratie“ Gerald Häfner, der zehn Jahre lang Mitglied des Deutschen Bundestages für Bündnis 90/Die Grünen war und sich heute für Volkentscheide stark macht.

**Blickpunkt Bundestag:** Herr Strobl, haben Sie kein Vertrauen in den Souverän, in das Volk?

**Thomas Strobl:** Ich habe sogar ein absolutes Vertrauen. Der Souverän entscheidet, er wählt die Parlamente. Das ist der Sinn der repräsentativen Demokratie. Und mit ihr haben wir, wie ich finde, gute Erfahrungen gemacht. Auch die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben sich ganz bewusst für diesen Weg entschieden, nicht zuletzt aufgrund historischer Erfahrungen.

**Blickpunkt:** Wir fragen deshalb, weil sich Ihre Partei, die CDU, den Wünschen aller anderen Parteien nach mehr unmittelbarer Bürgerbeteiligung auf Bundesebene verschließt.

**Strobl:** Wir halten unser bestehendes System für geeignet und für eine bewährte Systematik. Im Übrigen ist es ja nicht ganz wahr, dass die CDU hier alleine steht. Auch in der Zeit der rot-grünen Bundesregierung gab es keine ernsthaften Anstalten, unsere Verfassung entsprechend zu ändern.

**Blickpunkt:** Herr Häfner, warum wollen Sie mehr direkte Volksbeteiligung an den Entscheidungsprozessen des Bundes? Hat sich unser repräsentativ-demokratisches System nicht bewährt?

**Gerald Häfner:** Doch. Aber immer mehr Bürger sind damit nicht zufrieden. Sie wollen nicht nur alle vier Jahre ihre Stimme abgeben, sondern in wichtigen Fragen auch zwischen den Wahlen ent-

Gerald Häfner (links) und Thomas Strobl (rechts) in der Abgeordnetenlobby des Reichstagsgebäudes



scheiden können. Das Grundgesetz hat sich mitnichten nur für die repräsentative Demokratie entschieden, sondern in Artikel 20 festgelegt, dass die Staatsgewalt unmittelbar vom Volk in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Die Frage ist, wann wir dieses Versprechen endlich erfüllen wollen.

**Strobl:** Aber wir streiten hoffentlich nicht darüber, dass das Grundgesetz selber die Volksabstimmung nur für einen einzigen Fall, die Neueinteilung der Länder, vorsieht.

**Häfner:** Für diesen Fall schreibt es sie bindend vor. Das heißt aber nicht, dass es sie in anderen Fällen ausschließt – zumal der Artikel 29, von dem Sie sprechen, mit dem von mir zitierten Artikel 20 gar nichts

zu tun hat, weder inhaltlich noch systematisch. Bei der Länderneugliederung agieren zum Beispiel immer nur Bürger einer Teilgebietskörperschaft; in Artikel 20 dagegen agiert das Staatsvolk als Ganzes.

**Blickpunkt:** Können Sie beide dem Satz zustimmen: Unmittelbare Bürgerbeteiligung belebt die Demokratie, weil sie das zivilgesellschaftliche Engagement stärkt?

**Häfner:** Ich kann diesem Satz uneingeschränkt zustimmen. Denn ich glaube, dass es in der Demokratie entscheidend darauf ankommt, dass sich die Bürger nicht nur als Objekte, sondern auch als Subjekte des Gemeinwesens begreifen. In Abstimmungen und den ihnen vorausgehenden Diskussionen erleben die

Bürger, dass sie nicht nur Zuschauer der Politik sind, sondern dass es auf ihre Stimme entscheidend ankommt.

**Strobl:** Ich weiß nicht, ob „Belebung“ einer Demokratie ein entscheidender Wert sein muss. Die Gefälligkeitsautokratien der römischen Kaiser der Antike hatten ja auch „belebende“ und „demokratische“ Elemente. Bei den Gladiatorenkämpfen im Circus maximus hat das Volk den Daumen gehoben oder gesenkt. Insofern könnte man sagen: Das war doch eine sehr unmittelbare, plebiszitäre demokratische Veranstaltung. Sie war aber zutiefst inhuman. Dieses Beispiel der Antike zeigt, dass Plebiszite nicht ausschließlich gut sind, sondern dass es große Gefahren des Missbrauchs gibt.

**Häfner:** Inzwischen sind wir 2000 Jahre weiter. Demokratie bleibt nie stehen, muss sich beständig mit den Menschen und der Gesellschaft weiterentwickeln. Heute ist auf allen Ebenen mehr Bürgerbeteiligung nötig und möglich. Und: Sie tut der Gesellschaft und der Demokratie gut. Im Übrigen kann ich nicht erkennen, was zirzensisches Daumensinken mit einem demokratischen Entscheidungsvorgang über Gesetzgebungsfragen zu tun hat.

**Blickpunkt:** Warum soll das, was in Kommunen und den 16 Bundesländern möglich ist und auch Europa anstrebt, auf Bundesebene falsch oder schädlich sein?

**Strobl:** Plebiszitäre Elemente gibt es auch auf diesen Ebenen nicht uneingeschränkt. Überall sind bestimmte Quoren vorgeschrieben und nur bestimmte Fragen möglich. Das will auch für den Bundestag niemand anders regeln. Also geht es um differenzierte Lösungen. Außerdem sehe ich nicht, dass Bundesländer mit weitgehender Volksbeteiligung in einem glücklicheren Zustand sind. Plebiszite stärken nicht unbedingt die Zufriedenheit mit einem Staat, einem Parlament oder einer Regierung.

**Häfner:** Doch, das tun sie. Im Übrigen bleibt mir unerklärlich, warum, was auf kommunaler Ebene möglich ist, nicht auch auf Bundesebene gelingen soll. Man muss es nur entsprechend organisieren, braucht etwa längere Fristen und andere Quoren. Im Gegensatz zu Herrn Strobl sehe ich auch keinen Grund, Finanz- oder Steuerfragen auszuklammern. Im Gegenteil: Die Forschung zeigt, dass



Foto: DBT/Thomas Köhler/photothek





Foto: DBT/Thomas Köhler/photothek.net

## „In der Demokratie kommt es darauf an, dass die Bürger das Erlebnis haben: Das ist unser Staat, wir sind der Souverän.“

Gerald Häfner

dort, wo die Bürger über Steuern mitentscheiden können, das Steuersystem effizienter und transparenter ist und die Steuerehrlichkeit höher. Denn was man selbst mit entschieden hat, ist man eher bereit zu befolgen.

**Blickpunkt:** Wie sinnvoll ist es, bestimmte Themen – etwa die Einführung der Todesstrafe – von Volksentscheiden auszunehmen?

**Strobl:** Hier zeigt sich der große Mangel derer, die die Plebiszite wollen. Denn sie sind nicht zu einer konsistenten Argumentation in der Lage. Wenn der Gesetzgeber vorher entscheidet, wo er dem Volk die Volksentscheidung zutraut und was er davon ausnehmen möchte, geht das nach dem Motto: Ein bisschen Vertrauen haben wir zum Volk, aber in bestimmten Dingen trauen wir ihm dann

doch nicht. Ich sehe hier einen starken argumentativen Bruch.

**Häfner:** Wer, wenn nicht der Gesetzgeber, soll die Frage denn regeln? Wir rufen ja nicht zur Revolution auf, sondern stehen auf dem Boden der Verfassung und der Gesetze. Aber richtig ist: Eigentlich müsste alles das, was unsere gewählten Politiker entscheiden können, bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen, auch direkt vom Volk entschieden werden können. Das folgt aus dem Souveränitätsprinzip. Dabei ist das Volk genau wie das Parlament an geltende Gesetze gebunden.

**Blickpunkt:** Herr Strobl, die Union verweist gerne auf die schlechten Erfahrungen mit Plebisziten in der Weimarer Zeit. Haben die Bundesbürger nach 60 Jahren Bundesrepublik ihre politische Reife nicht unter Beweis gestellt?

**Strobl:** Die Deutschen haben in diesen 60 Jahren bewiesen, dass sie eine stabile Demokratie sind. Allerdings muss man sagen, dass sich unser Grundgesetz ja in der Tat von der Weimarer Verfassung unterscheidet. Einer der Unterschiede ist, dass wir die Volksabstimmungen bewusst nicht übernommen haben. Ich halte das für richtig, denn die Volksabstimmung über den Young-Plan 1929 hat zum Beispiel sehr zum Aufstieg der Nationalsozialisten beigetragen. Insofern zeigt uns auch die jüngere Geschichte, dass Volksabstimmungen sehr negative Wirkungen zeitigen können.

**Häfner:** Die Weimarer Verfassung hat Volksabstimmungen zugelassen, das Verfahren aber so geregelt, dass das Ergebnis aufgrund unerreichbarer Abstimmungsquoten am Ende nie zählte. So gab es zwar mehrmals 90 Prozent und

**Zur Person:** Thomas Strobl, Jahrgang 1960, ist seit 1998 Mitglied des Bundestages. Seit 2005 ist der gelernte Rechtsanwalt Vorsitzender des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages und außerdem Generalsekretär der CDU in Baden-Württemberg.

**Zur Person:** Gerald Häfner, geboren 1956 in München, ist Vorstand im Verein „Mehr Demokratie“, der sich für Volksentscheide auf allen politischen Ebenen einsetzt. Der Mitbegründer der Partei Die Grünen war zwischen 1987 und 2002 insgesamt zehn Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages und zwischen 1991 und 1994 Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen in Bayern.

mehr für bestimmte Vorlagen, doch am Ende blieb alles vergeblich. Das war eine Erfahrung, die die Demokratie nicht gestärkt, sondern geschwächt hat. Die Young-Plan-Kampagne der Nazis ist übrigens gescheitert. Und Hitler hat seinen Aufstieg eben gerade nicht über direkte, sondern über die repräsentative Demokratie geschafft.

**Blickpunkt:** Gibt es nicht auch eine Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie, die sich in zum Teil äußerst geringen Wahlbeteiligungen manifestiert?

**Strobl:** Nein, das ist zu einfach gesehen. Denn dann müssten wir überall dort, wo wir plebiszitäre Möglichkeiten haben, eine höhere Wahlbeteiligung haben. Dies ist erkennbar nicht der Fall. Schauen Sie sich nur die niedrige Wahlbeteiligung in vielen Kommunen an. Im Bund haben wir dagegen eine auch im Vergleich zu anderen Ländern beachtliche und gute Beteiligung.

**Häfner:** Ich würde nicht die Wahlbeteiligung als einziges Indiz nehmen. Aber wir haben ohne Zweifel eine wachsende Krise der repräsentativen Demokratie. Denn immer mehr Bürger haben den Eindruck, dass das Volk bei uns nichts zu sagen hat. Das finde ich fatal. In der Demokratie kommt es doch darauf an, dass die Bürger das Erlebnis haben: Das ist unser Staat, wir sind der Souverän – und nicht, dass sie sich von allen wichtigen Entscheidungen ausgesperrt fühlen.

**Blickpunkt:** Kann direkte Demokratie dem Populismus und der Demagogie Vorschub leisten?

**Strobl:** Die direkte Demokratie ist ja nicht von Grund auf ein Übel, sie ist aber auch kein Allheilmittel. Mit der bloßen Forderung nach mehr Volksbeteiligung macht man es sich doch zu einfach. In der Historie haben wir unterschiedliche

Erfahrungen mit direkter Demokratie gemacht. Das bekannteste Plebiszit ist ja die Frage von Pilatus an das Volk von Jerusalem: Wollt ihr Barabas oder Jesus am Kreuz sehen? Die Antwort des Volkes war kein Ruhmesblatt für die Menschheitsgeschichte. Damit will ich deutlich machen: Nicht alles, was mit Volksabstimmungen zusammenhängt, ist auch gut. Es gibt Risiken und Gefahren, die man kennen muss.

**Häfner:** Ihre Beispiele erstaunen mich. Im alten Palästina und im alten Rom gab es nicht den kleinsten Ansatz von Demokratie. Wollen Sie ernstlich einen komplexen demokratischen Diskussions- und Willensbildungsprozeß im 21. Jahrhundert mit der Situation unter Jesu Kreuz oder im römischen Zirkus vergleichen? Als wir in Bayern die Bürger-

entscheide eingeführt haben, argumentierte Ihre Partei auch, das Chaos würde ausbrechen ...

**Strobl:** ... das sage ich explizit nicht! Fürs Chaos sind Sie zuständig!

**Häfner:** ... inzwischen haben wir 4250 Bürgerbegehren in Deutschland gehabt – und das Chaos ist immer noch nicht eingetreten. Allerdings haben die Bürger so manchen Fehler der Politik wiedergutmacht!

**Blickpunkt:** Stimmt der Vorwurf, der Bundestag werde durch Volksabstimmungen abgewertet?

**Strobl:** Es könnte eine Entwicklung geben, bei der sich der Bundestag vor schwierigen Fragen drückt und sie dem Volk überlässt. Das hielte ich für bedenklich. Außerdem würde das fein austarierte Zusammenspiel zwischen Bundestag und Bundesrat gefährdet.

Foto: DBT/Thomas Köhler/photothek.net



**„Ich weiß nicht, ob ‚Belebung‘ einer Demokratie ein entscheidender Wert sein muss.“**

**Thomas Strobl**

**Häfner:** Volksabstimmungen können lange gesellschaftliche Debatten entscheiden und befrieden. Auch der Föderalismus steht der direkten Demokratie nicht im Wege. Das Mutterland der direkten Demokratie, die Schweiz, hat einen viel stärkeren Föderalismus als wir.

**Blickpunkt:** Wie ist Ihre Prognose, meine Herren: Ist das Thema direkte Demokratie mit dem Scheitern der drei Gesetzentwürfe ein für allemal gestorben? Oder steht der Zug doch noch unter Dampf?

**Strobl:** Ich glaube, dass eine breite Mehrheit im Parlament mit tiefer Überzeugung am bewährten Grundgesetz und an unserer repräsentativen Demokratie festhalten möchte.

**Häfner:** Ich bin fest davon überzeugt: Wir beide, Herr Strobl, werden noch erleben, dass es in Deutschland Volksentscheide auf Bundesebene gibt. Wir sind in dieser Frage inzwischen Schlusslicht in Europa. Das muss und wird sich ändern.

*Das Gespräch führte Sönke Petersen. ■*



Foto: DBT/Thomas Köhler/photothek.net

## Standpunkte der Fraktionen:



## Wären Volksentscheide auf Bundesebene ein Gewinn oder ein Risiko für die Demokratie?

Volksentscheide kennen meist nur ein einfaches „Ja“ oder „Nein“ als Antwort. Dies wird den zentralen, oft hoch komplexen Fragen in unserer Gesellschaft nicht gerecht. Außerdem ist bei Volksentscheiden kein Platz für das, was ein wichtiges Element für Stabilität und Einheit in der Demokratie ist: das Ringen um den möglichst gerechten Kompromiss zwischen unterschiedlichen Interessen unter Einbeziehung auch benachteiligter Gruppen.

Die SPD unterstützt Volksentscheide auf Bundesebene seit Langem. Im Wahlmanifest zur Bundestagswahl 2005 stand: „Wir brauchen mehr direkte Demokratie und damit den Volksentscheid.“ Im Koalitionsvertrag konnte leider nur vereinbart werden, die Einführung von Elementen der direkten Demokratie zu prüfen. Die CDU/CSU-Fraktion hält bis jetzt an ihrer Ablehnung fest, weshalb das Vorhaben in dieser Wahlperiode zum Scheitern verurteilt war.

Volksentscheide auf Bundesebene sind kein Risiko für die Demokratie, sondern ein Zeichen gelebter Demokratie. Deshalb setzen wir uns für Bürgerentscheide, Bürgerbegehren und Bürgerbefragungen auf Landes- und auch auf Bundesebene ein. Diese Forderung haben wir auch in dem gerade in Hannover beschlossenen Deutschlandprogramm der FDP ([www.deutschlandprogramm.de](http://www.deutschlandprogramm.de)) zur Bundestagswahl bekräftigt.

Mehr Demokratie, mehr direkte Demokratie auch auf Bundesebene, wäre eine sinnvolle Ergänzung der parlamentarischen Repräsentanz und damit ein Gewinn. Es wäre übrigens auch ein probates Mittel gegen den zunehmenden Demokratieverdross allenthalben. Zumal: Demokratieverdross ist ein gefährliches Einfallstor für rechtsextremistische Kameraden mit ihren menschenfeindlichen Parolen. Auch deshalb: „Mehr Demokratie wagen!“

Volksentscheide wären ein bedeutender Gewinn für die Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger hätten stärker an den Entscheidungen des Gemeinwesens Anteil. Ein aktives Auftreten in demokratischen Entscheidungsprozessen stärkt die Demokratie insgesamt und hilft, auch unangenehme Ergebnisse zu akzeptieren. Volksentscheide auf Länderebene zeigen das. Deshalb brauchen wir die direkte Demokratie auch im Bund.

## Reicht es aus, den Wählerwillen alle vier Jahre durch Wahlen zu ermitteln? Oder sollten die Bürger auch zwischendurch befragt werden?

Die Bürger bringen über die Stimmabgabe am Wahltag hinaus ihren Willen in unserem föderalen System auf vielfältige Weise zum Ausdruck: etwa bei Befragungen sowie durch Bürgerinitiativen und Bürgerentscheide auf Landes- und Kommunalebene. Wichtige Entscheidungen auf Bundesebene lassen sich aber nur durch intensive politische Diskussion mit allen Beteiligten fällen, nicht durch ein einfaches „Ja“ oder „Nein“.

In unserem Hamburger Parteiprogramm von 2007 haben wir bekräftigt: „Der Verbindung von aktivierendem Staat und aktiver Zivilgesellschaft dient auch die direkte Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger durch Volksbegehren und Volksentscheide. In gesetzlich festzulegenden Grenzen sollen sie die parlamentarische Demokratie ergänzen, und zwar nicht nur in Gemeinden und Ländern, sondern auch im Bund.“

Die FDP bekennt sich zur repräsentativen Demokratie. Sie will diese aber um Elemente der direkten Demokratie bereichern. Der Bürger muss sich stärker an Entscheidungen beteiligen können. Durch mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten werden Wege für mehr Demokratie eröffnet.

In Artikel 20 (2) Grundgesetz heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt.“ Wahlen wurden in der Bundesrepublik Deutschland von Beginn an ermöglicht, Abstimmungen auf Bundesebene aber stehen noch immer nur auf dem Papier. In dieser Frage ist Deutschland leider noch immer ein EU-Entwicklungsland. Das heißt sich mit den Jubelreden „60 Jahre Grundgesetz“.

Die Wählerinnen und Wähler sollten in die politische Entscheidungsfindung einbezogen werden, wenn sie diese für wichtig halten und sich zum Beispiel über eine Volksinitiative dazu selbst konstruktiv zu Wort melden. Die Politik sollte sich nicht nachträglich Zustimmung über Einzelbefragungen einholen. Direkte Demokratie muss vielmehr eine feste zweite Säule der Gesetzgebung werden.



Fotos: DBT/Werner Schüring

**Parlamentarisches Patenschafts-Programm**

# Zwei Amerikaner in Berlin

**Jedes Jahr kommen 350 amerikanische Stipendiaten mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm nach Deutschland. Wie Terrell, der die Toleranz der Berliner schätzt und Diplomat werden will. Und Kelly, die im Wedding zur Schule geht und die Falafel ihres türkischen Gastvaters liebt.**



**D**as Erste, was Terrell Levine in der Schule über Deutschland erfuhr, war nichts Gutes: Sechs Millionen Juden wurden systematisch ermordet. Das war alles, mehr wurde über Deutschland nicht erzählt. Die Nazivergangenheit ist oft das Einzige, woran amerikanische Schüler denken, wenn sie den Namen Deutschland hören. Auch heute noch. Terrell Levine aus New Jersey, Sohn eines Juden und einer Katholikin, wollte trotzdem Deutsch lernen. Die Welt interessierte ihn, die ganze Welt. Schon mit zwölf Jahren hat er Safari-Trips durch die Wildnis von Südafrika gemacht. Oft begleitete er seinen Vater, Präsident einer internationalen PR-Agentur, nach Europa, Lateinamerika und Australien. Nach dem Schulabschluss studierte er Internationale Beziehungen und Philosophie in Boston und arbeitete für einen Thinktank in Washington.

Seine Kommilitonen machten Reisen und Austauschsemester in Spanien,

Frankreich, Italien. „Alles außer Deutschland“, sagt Terrell. Er aber ging mit dem Parlamentarischen Patenschaftsprogramm (PPP) des Deutschen Bundestages nach Berlin. Das war im vergangenen Sommer, mitten im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf. Terrell stimmte per E-Mail ab und verfolgte die Wahlen auf Großleinwand im Amerikahaus am Zoologischen Garten. Er erlebte die Euphorie der Deutschen über den Sieg Obamas. Der 24-Jährige schätzt die Freundlichkeit und die Offenheit der Leute hier. Und sportlich seien sie: „Die halbe Stadt schwingt sich aufs Fahrrad oder joggt durch die Parks.“ Ihm gefällt der Familiensinn der jungen Deutschen, die viel Zeit mit ihren Eltern verbringen und gemeinsam in den Urlaub fahren. „Die meisten Deutschen, die ich getroffen habe, waren extrem freundlich und aufrichtig.“ Der schmale, dunkelhaarige Mann wohnt bei einer alten Dame im südlichen Stadtteil Lichtenrade. In seiner Freizeit hört er gerne klassische

Musik, gerade auch von deutschen Komponisten, und besucht die Oper.

Im Willy-Brandt-Haus lernte Terrell seinen Paten im Austauschprogramm kennen, den Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Thierse. Seinen amerikanischen Paten, den Kongressabgeordneten aus New Jersey, unterrichtet er regelmäßig über den Stand der Dinge. 350 Stipendiaten kommen jedes Jahr aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland. Der Großteil geht hier zur Schule, die Älteren studieren oder machen Praktika. Terrell ist Student und Mitarbeiter der Freien Universität. Dort forscht er über die OSZE, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Im Bundestag hat er vor anderen Stipendiaten, Vertretern des Bundestages und der amerikanischen Botschaft eine Abschlusspräsentation gehalten. Im August geht Terrell nach Indien, in die Stadt Ahmedabad nahe dem Arabischen See, unweit der pakistanischen Grenze. Dort wird er zwei Jahre lang bei der NGO



Foto: DBT/Werner Schüring

Indicorps arbeiten. Die neutrale, parteiunabhängige Plattform soll Inder in aller Welt dazu befähigen, an der politischen Entwicklung in ihrem Land Anteil zu nehmen und an seiner Fortentwicklung mitzuwirken. Sein Hindi ist zwar im Moment ausbaufähig. Aber das wird er bald ändern – und wieder in eine neue Welt eintauchen. Später möchte Terrell eine Laufbahn im diplomatischen Dienst der Vereinigten Staaten einschlagen.

Die ersten deutschen Erfahrungen von Kelly Hill waren ziemlich amerikanisch. In Landstuhl betreibt das US-Militär sein größtes Medizinzentrum außerhalb des eigenen Landes. Mister Hill war dort Physiotherapeut. Er lernte eine junge Amerikanerin kennen, die den GIs Deutschunterricht gab. Sie heirateten, und dann kam Kelly. Ihre wenigen Erinnerungen an die Kindheit in Landstuhl bestehen aus amerikanischen Fastfood-Ketten und amerikanischen Freunden im Kindergarten. Als sie sieben Jahre alt war, kehrte die Familie in die Staaten zurück. Erst wohnten sie in Montana, dann in Florida, schließlich landeten sie in New York. Dort machte Kelly ihren Schulabschluss.

„Meine Mutter hat mich überredet, in der Schule Deutsch zu lernen“, sagt die 18-Jährige in akzentfreiem Deutsch. Im Sommer 2008 kam sie mit dem Austauschprogramm des Bundestages nach Deutschland. Sie zog bei einer Gastfamilie im Wedding ein. Bei der ersten Fahrt dahin wunderte sie sich über das orientalische Straßenbild aus tür-

kischen Imbissen und arabischen Internetcafés. Es wurde zum Alltag. Kellys Gastvater ist türkischer Kurde. Er leitet eine Weiterbildungsschule, seine Frau ist Deutsche, ein Beispiel für gelungene Integration. Als Kelly noch in New York wohnte und einem deutschen Austauschschüler einen Brief ihrer Gastfamilie zeigte, erlebte sie eine irritierende Reaktion. Der Deutsche sagte, es sei gut, dass der Türke beruflich erfolgreich sei, denn dann hätte er es wohl nicht auf das Geld von Kellys Familie abgesehen. Hier in Deutschland hat sie die angenehmen Seiten der deutsch-türkischen Völkerverständigung mitbekommen. Zu Hause werden Hummus, Falafel und süßes Baklava aufgetischt. Oft ist ein bunt gemischter Freundeskreis zu Besuch.

Kelly besucht hier die elfte Klasse eines Gymnasiums. Sie hat zwar schon einen Abschluss, aber nun lernt sie Vokabeln wie „Zellteilung“ oder „Koalitionsvertrag“. Sie hat verschiedene Städte besichtigt und in Bonn den Schreibtisch Adenauers gesehen. Ihr Ansprechpartner im Bundestag ist der SPD-Abgeordnete

aus Berlin-Mitte, Jörg-Otto Spiller. Er hat ihr das Parlament gezeigt und erkundigt sich gelegentlich, wie das Austauschjahr verläuft. Kelly ist zufrieden, abgesehen vom Heimweh. Und sie musste sich erst daran gewöhnen, so viel Freizeit zu haben. Die amerikanischen Highschools beschäftigen die Schüler mit Freizeitaktivitäten wie Sport oder Musik bis in den späten Nachmittag. Zum Geigespielen besucht Kelly hier eine Musikschule. Mit dem Jugendorchester hat sie schon in der Berliner Philharmonie gespielt, Simon Rattle dirigierte. Als sie sich für das Austauschprogramm nach Deutschland bewarb, kamen schon ein paar skeptische Reaktionen von Mitschülern. Das Nazistigma haftet den Deutschen immer noch an. „Aber es wird besser“, versichert Kelly. Deutsche Produkte sind in Amerika beliebt, Sportmarken etwa, Puma und Adidas. New Yorker schwärmen für Berlin. Und noch etwas aus Deutschland hat laut Kelly inzwischen zahlreiche amerikanische Anhänger: die Magdeburger Teenieband Tokio Hotel.

Lydia Harder ■

**Was ist das PPP?**

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) ist ein deutsch-amerikanischer Jugendaustausch des Deutschen Bundestages und des Kongresses der USA. Jährlich werden jeweils etwa 350 Stipendiaten nach Deutschland und nach Amerika geschickt. Zum 25-jährigen Bestehen des Programms gab es am 29. Mai 2009 eine Debatte im Bundestag. Infos zum Programm unter [www.bundestag.de/ppp](http://www.bundestag.de/ppp)



# Wer hat's gesagt?

fragt **BLICKPUNKT BUNDESTAG** an dieser Stelle und lädt Sie ein, interessanten Persönlichkeiten der Parlamentsgeschichte im Wortlaut wieder zu begegnen. In jeder Ausgabe präsentieren wir das Zitat eines Mitglieds des Bundestages, das in der Geschichte Deutschlands seine Spuren hinterlassen hat. Wer hat's gesagt? Schreiben Sie uns die Lösung und gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen nach Berlin.

**A**ls eine 46 Jahre alte Oppositionspolitikerin diese Worte im Bundestag spricht, ist es gerade eine Woche her, dass in Deutschland Unglaubliches geschehen ist. Die Berliner Mauer ist gefallen. Zwar stehen ihre Betonwände noch, doch sie haben innerhalb einiger Stunden ihre Funktion verloren.

Vorausgegangen war ein immer schnellerer Zerfall der alten Machtstrukturen in der DDR. Bürgerrechtler wurden immer aktiver. Ungarn begann den Abbau des Eisernen Vorhangs, was immer mehr DDR-Bürger zum Verlassen ihrer ungeliebten Republik veranlasste. Im Herbst demonstrierten dann Hunderttausende auf den Straßen, flohen Ausreisewillige in die Vertretungen der Bundesrepublik in Prag und Warschau, ging schließlich auch der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow auf Distanz. Als letzter Ausweg blieb den Herrschenden die sofortige Lockerung der Reisebestimmungen. Die Mauer wurde geöffnet.

Im Osten der Stadt setzten sich die Menschen in Bewegung Richtung Grenze. In Bonn unterbrach der Bundestag seine Sitzung. Nach einer Unterrichtung durch Kanzleramtsminister Rudolf Seiters sangen die Abgeordneten das Deutschlandlied. Eine Woche später debattiert der Bundestag die neue Lage. Noch weiß keiner, welchen Weg die DDR einschlagen wird. Alle sind sich einig, dass die Menschen dort selbst über ihre Zukunft entscheiden sollen. Bundeskanzler Helmut Kohl macht jedoch Hilfe von einem „grundlegenden Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems“ in der DDR abhängig.

Mehrere Stunden nach diesen Worten des Kanzlers bekundet die Oppositionsabgeordnete, die seit 1983 dem Bundestag angehört, den Menschen der DDR Respekt. Und sie stellt eine unbequeme Frage: „Was tun wir, wenn die Menschen in der DDR ihren eigenen Weg gehen wollen, ... wenn sie darunter gerade nicht eine staatliche Wiedervereinigung verstehen?“

Die promovierte Theologin bleibt unbequem. So kritisiert sie den deutsch-deutschen Einigungsvertrag, der ihrer Meinung nach das Selbstbestimmungsrecht der Menschen in beiden Teilen des Landes verletzt. Immer wieder eckt sie mit ihren politischen Ansichten auch in der eigenen Partei an. Sie erarbeitet sich Anerkennung als Kulturpolitikerin und macht sich um die deutsch-tschechische Aussöhnung verdient. 2005 verzichtet sie auf eine neue Kandidatur für den Bundestag.

Sie sagt, damit habe sie sich „selbst in die Freiheit entlassen“.

*Klaus Lantermann* ■

**„Der Respekt vor dem  
Freiheitswillen der Deutschen in der  
DDR gebietet es, dass wir nicht  
vorwegnehmen, was sie wollen. Wir  
wollen die eine Bevormundung nicht  
durch eine andere ersetzen.“**

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an:  
**BLICKPUNKT BUNDESTAG, c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH,**  
Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (0 30) 6 50 00-1 92,  
E-Mail: [blickpunkt@media-consulta.com](mailto:blickpunkt@media-consulta.com).

**Einsendeschluss: 15. Juli 2009**

Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost.  
Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin.  
Die Lösung des Rätsels in Ausgabe 02-2009 lautet: Petra Bläse.  
Eine Reise nach Berlin hat **Dagmar Herhaus** gewonnen.





Foto: AFP/Getty Images/Michael Cizek

## Tschechien: Abgeordnetenhaus und Senat

# Dem Burgherren Kontra geben

**E**inst zitterte Europa vor dem kaiserlichen General Albrecht von Waldstein, der als Wallenstein in die Geschichte einging. Im Mai 2009 schaute Europa gebannt auf das Palais des Generals auf der barocken Prager Kleinseite. Dort, in den früheren Stallungen des Palais Wallenstein, drohte Ungemach für den Kontinent: Der tschechische Senat, die zweite Kammer des Prager Parlaments, musste sich bekennen – für oder gegen eine Reform der Europäischen Union. Auf dem Tisch des Hauses lag der Vertrag von Lissabon, ohne den nach Meinung vieler auf dem Kontinent nicht mehr viel gehen wird. Neben den Iren waren die Tschechen bis dahin die Letzten, die sich sperren. Der sich selbst als Europadissident bezeichnende Präsident Vaclav Klaus sowieso, aber eben auch der Senat. Dass die Kammer Anfang Mai dem Vertrag schließlich doch noch ihren Segen gab, galt zuvor keineswegs als ausgemacht.

Die 81 tschechischen Senatoren sind sehr unabhängig. Zwar werden sie größtenteils von den Parteien vorgeschlagen. Aber sie sind ihnen nicht verpflichtet. Das ist anders als in der ersten

Parlamentskammer, dem Abgeordnetenhaus, wo die Parteichefs in der Regel alle Dinge vorab auskungeln. Während im Abgeordnetenhaus schon mal die Fetzen in erbitterten Redeschlachten fliegen – vor allem, wenn das Fernsehen live dabei ist – geht es im Senat weit gesitteter zu. Das hat vielleicht mit der Altersweisheit der Senatoren zu tun: Senator in Prag kann nur werden, wer das 40. Lebensjahr vollendet hat.

Anfangs haben die Tschechen nicht viel vom Senat gehalten. Er machte auf sie den Eindruck eines Auffangbeckens für verdiente ältere Wendepolitiker, für die es nach der Teilung der Tschechoslowakei 1993 keinen anderen lukrativen Posten mehr gab. Dabei ist der Senat keine Erfindung der Nachwendzeit. Einen Senat gab es bereits in der ersten Tschechoslowakischen Republik – im Sinne der österreichisch-ungarischen Tradition und nach den Vorbildern Frankreich und USA.

Viel zu sagen hat der Senat heute nicht. Seine Zustimmung wird bei Gesetzen mit verfassungsänderndem Charakter benötigt. Die Senatoren stimmen gemeinsam mit den Abgeordneten bei der Wahl des Staatsoberhaupts ab. Und schließlich bestätigen sie die Ver-

fassungsrichter, die ihnen der Präsident vorschlägt – oder sie lehnen sie ab. Das ist die einzige Möglichkeit, dem Staatsoberhaupt einmal Kontra zu geben. Und das aus einem Gebäude, das sich General Waldstein als „Antwort“ auf die trutzige Prager Burg einfallen ließ. Waldstein greift nach der böhmischen Krone, hieß es während des Dreißigjährigen Krieges. Etwas übertrieben. Der Verdacht, Waldstein könnte mit dem Feind zusammenarbeiten, reichte aber seinerzeit aus, um ihn ermorden zu lassen.

Derlei Unheil droht heute nicht mehr. Wenngleich Präsident Klaus sehr froh gewesen wäre, wenn der Senat den Vertrag von Lissabon abgelehnt hätte: Politisch köpfen kann er keinen der Senatoren, der nicht seiner Meinung ist.

*Hans-Jörg Schmidt, Prag* ■

**Senát und Poslanecká sněmovna**

Englischsprachige Informationen:

[www.psp.cz](http://www.psp.cz)  
[www.senat.cz](http://www.senat.cz)





Foto: DBT/MEDIA CONSULTA

# Lesen Sie den Bundestag – regelmäßig mit dem Blickpunkt-Abo

## Liebe Leserin, lieber Leser,

wir hoffen, die Lektüre des neuen BLICKPUNKT BUNDESTAG war informativ und hat Ihnen Freude bereitet! Das Magazin des Deutschen Bundestages erscheint regelmäßig mindestens sechs Mal im Jahr, mit spannenden Reportagen, Interviews und Hintergrundberichten aus dem Parlament.

BLICKPUNKT BUNDESTAG, das sind zwei Magazine in einem: Denn die Beilage SPEZIAL, die immer ein parlamentarisches Schwerpunktthema behandelt, ist regelmäßig mit dabei.

Möchten Sie künftig über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden? Dann bestellen Sie BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Preis von 12,00 Euro für sechs Ausgaben pro Jahr.

Mit dem BLICKPUNKT-Abo kommt jede Ausgabe künftig bequem zu Ihnen nach Hause. Wenn Sie BLICKPUNKT BUNDESTAG abonnieren möchten, wenden Sie sich an unsere Abonnentenbetreuung.

## Haben Sie noch Fragen?

Ihre Ansprechpartnerin rund um das BLICKPUNKT-Abo:

Cornelia Hesse  
Buch und Presse Vertrieb GmbH & Co. KG  
Aschmattstraße 8  
76532 Baden-Baden

Telefon: (0 72 21) 5 02-2 70  
Fax: (0 72 21) 5 02-42 70  
E-Mail: [abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de](mailto:abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de)

## Impressum

**Herausgeber:** Deutscher Bundestag,  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Chefredaktion:** Britta Hanke-Giesers  
(Leiterin Referat Öffentlichkeitsarbeit), Michael Reinold

**Redaktion:** Helmut Spörl (Leiter),  
Alexander Heinrich, Jörg Müller-Brandes  
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Telefon: (0 30) 6 50 00-2 20  
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92  
E-Mail: [blickpunkt@media-consulta.com](mailto:blickpunkt@media-consulta.com)

**Koordination:** Michael Reinold  
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)  
Telefon: (0 30) 2 27-3 78 68  
Fax: (0 30) 2 27-3 65 06  
E-Mail: [michael.reinold@bundestag.de](mailto:michael.reinold@bundestag.de)

**Beauftragte Agentur:**  
MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
**Geschäftsführung:** Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

**Art Direction:** Ingrid Otto, Anita Drbohlav  
**Produktion:** René Hanhardt  
**Onlineproduktion:** Lars-Eberhard Schmidt  
**Lektorat:** Katleen Krause

**Abonnement und Vertrieb**  
Cornelia Hesse  
Telefon: (0 72 21) 5 02-2 70  
Fax: (0 72 21) 5 02-42 70  
E-Mail: [abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de](mailto:abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de)

**Druck:** Druckhaus Main-Echo, Aschaffenburg

**Einzelverkaufspreis:** 2 Euro  
**Redaktionsschluss:** 19. Juni 2009

Die Texte aus BLICKPUNKT BUNDESTAG  
gibt es auch im Internet:  
[www.blickpunkt-bundestag.de](http://www.blickpunkt-bundestag.de)

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten.

**Anschrift für die Post unserer Leser:**  
BLICKPUNKT BUNDESTAG  
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92  
E-Mail: [blickpunkt@media-consulta.com](mailto:blickpunkt@media-consulta.com)

© Deutscher Bundestag, Berlin 2009  
Alle Rechte vorbehalten

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.